



OVG Lüneburg setzt Beherbergungsverbot in Niedersachsen außer Vollzug

Vorlesen

Die Niedersächsische Landesregierung nimmt zur Kenntnis, dass das Obergericht Lüneburg das Beherbergungsverbot im einstweiligen Rechtsschutzverfahren außer Vollzug gesetzt hat. Damit wird die entsprechende Verordnung in Niedersachsen bis auf weiteres nicht mehr angewandt. Den Landkreisen und kreisfreien Städten steht es frei, bei entsprechenden Gefahrenlagen ihrerseits ggfs. konkretere gefasste, gezieltere Maßnahmen zu ergreifen. Im Übrigen werden die Argumente des Obergerichts genau analysiert und bei etwaigen weiteren Maßnahmen der Landesregierung berücksichtigt werden.

Ungeachtet der heutigen Entscheidung des Obergerichts Lüneburg werden alle Bürgerinnen und Bürger aus Hotspots innerhalb und außerhalb Niedersachsens herzlich gebeten, freiwillig auf touristische Reisen zu verzichten, um eine weitere Ausbreitung des Virus so weit wie möglich zu verhindern.



Artikel-Informationen

erstellt am:
15.10.2020

Ansprechpartner/in:
Oliver Grimm

Drucken

Über uns	Soziales & Inklusion	Gesundheit & Pflege	Frauen & Gleichstellung	Jugend & Familie	Integration	Service & Kontakt
Die Ministerin	Soziales	Pflege	Beratungs- und Serviceangebote	Senioren/Generationen	Migration und Integration	Karriere
Der Staatssekretär	Bürgerschaftliches Engagement	Gesundheit	Gleichberechtigungsgesetz	Familien, Kinder und Jugendliche		Presse
Organisation		Digitalisierung hilft	Atlas zur Gleichstellung			Publikationen
Presse		Arbeitsschutz / Technischer Verbraucherschutz	Gender Mainstreaming			Beratungs- und Serviceangebote
Stiftungen			Gleichstellungspolitik in der Kommune			Barrierefreie IT
Gut für Familien			Frauen & Wirtschaft			Sponsoringleistungen
Preise & Wettbewerbe			Frauen & Medien			Informationspflichten nach Art. 13, 14 DSGVO
Der Weg zu uns			Frauen & Gesundheit			Öffentliches Auftragswesen
			Frauen & Politik			Ex-post-Transparenz
			Mutterschutz	Leichte Sprache		
			Frauen und Rechtsextremismus	Das Sozial-Ministerium		
			Gewalt gegen Frauen	Corona-Virus		
			Wer schlägt muss gehen	Alle dürfen wählen		
			Migration & Gleichstellung	Soziales		
			Aktionsprogramme mit den kommunalen Gleichstellungsbeauftragten	Gesundheit und Pflege		
				Frauen, Gleich-Stellung		
				Familien, Kinder und Jugendliche		
				Menschen aus anderen Ländern		

